

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzige Tageszeitung
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.
紙之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:
Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

2. Jahrgang

Tientsin, Samstag, den 28. November 1931.

Nummer 355

Aus dem Inhalte der heutigen Nummer:

Ein Volksbund zur Ueberwindung aller Gegensätze unserer Zeit.
Der chinesisch-japanische Konflikt.

Nachrichten aus aller Welt.

Ein nationalsozialistisches Aktionsprogramm.

Berlin, den 26. November (Transocean Asiatic). Die Beschlagnahme eines nationalsozialistischen Geheimdokuments in Hessen, worin ein genauer Aktionsplan beschrieben ist für den Fall, dass die Partei ans Ruder kommt, schlug wie eine Bombe in die Öffentlichkeit ein. Das Dokument enthält Instruktionen, dass die Todesstrafe über alle verhängt werden soll, die den Befehlen der Abteilungen der sogenannten Sturmtruppen nicht Folge leisten, weiter über die, die nach einer gesetzten Frist von 24 Stunden noch im Besitz von Feuerwaffen sind, die in Streik treten, und die männliche und weibliche Personen, über 16 Jahre, die keine Juden sind, nicht in ihre Betriebe einstellen. Speisungen sollen gemeinsam stattfinden, und alle Besitzer von Nahrungsmitteln müssen diese an die Behörden abliefern, falls sie nicht einer schweren Strafe, oder gar der Todesstrafe, verfallen wollen. Gleichermassen müssen alle Lager von wichtigen Gebrauchsgegenständen zum allgemeinen Gebrauch ausgeliefert werden. Für diese Konfiskationen gibt es keine Entschädigung.

Bisher hat Hitler, dessen augenblicklicher Aufenthalt unbekannt sein soll, keine Erklärung abgegeben, aber das Hauptquartier der nationalsozialistischen Partei erklärt, dass, falls ein solches Dokument existiert, es keine Verbindung mit den Parteiführern habe. Die hessische Regierung jedoch meldet offiziell, dass kein Zweifel an der Echtheit des Dokuments bestehen könne. Sie fügt hinzu, dass eine Haussuchung bei einer Anzahl nationalsozialistischer Führer Material zutage gefördert habe, die die Instruktionen vollkommen bestätigen. Das Originaldokument wurde der Polizei von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Schäfer übergeben, nachdem dieser sich im Rate vergeblich gegen eine solche Politik gestraubt hatte. Er kam schliesslich zu dem Entschluss, dass er ein solches Vorgehen nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne. Schäfer, der der nationalsozialistische Kandidat für die Präsidentschaftswahl des hessischen Landtags war, hat sich jetzt nach Leipzig begeben zum Verhör durch den Reichsanwalt, worauf gegen die hessischen nationalsozialistischen Führer die Hochverratsklage erhoben werden soll. Es wird berichtet, dass das hessische Innenministerium die ganze Zeit in enger Verbindung mit dem preussischen Innenministerium gestanden habe, und dass die Bundesregierung jetzt den Bericht der Staatsanwaltschaft abwartet, bevor sie weitere Schritte unternimmt. Das prompte und energische Zugreifen der Behörden und der Erfolg der polizeilichen Durchsuchungen hat ein beruhigendes Gefühl auf die Öffentlichkeit ausgeübt und weithin das Vertrauen gestärkt, dass die Regierung fähig sei, erfolgreich mit diesen und ähnlichen revolutionären Unternehmungen, von welcher Seite sie auch kommen, fertig zu werden. Die Meinungen darüber sind sehr geteilt, welchen Einfluss diese Affäre auf die Entwicklung der Partei haben mag, deren Stärkung man in der nächsten Zukunft in Hessen und für später im Reich erwartet hatte. Es ist eine Tatsache, dass das Organ der Zentrumspartei, die „Germania“ die Sache sehr ernst nimmt und sehr entrüstet schreibt. Es heisst in einem Artikel, dass der Gesinnungswechsel in der nationalsozialistischen Partei in der Richtung, dass jedermann enteignet werden sollte, die Aussichten für ein Zusammenarbeiten zwischen Zentrum und Nationalsozialisten bedeutend verschlechtert habe. Die Germania sagt weiter, dass das Dokument unvereinbar sei mit den wiederholten Erklärungen der Partei, dass sie vollständig gesetzmässig sei — was die Hauptbedingung für irgend eine gemeinsame politische Handlung mit dem Zentrum sei. Die Vossische Zeitung unterstreicht die Erklärung der Germania, dass, falls das Dokument echt sei, die Eidserklärung Hitlers über die Gesetzmässigkeit keinen Pfifferling wert ist.

Der Preussische Landtag fordert Revision des Youngplanes.

Berlin, den 26. November (Angasta). Der preussische Landtag hat einen Antrag bewilligt, wonach die Regierung unverzüglich in Verhandlungen zur Revision des Youngplanes eintreten soll.

Möchstgrenze für Importwaren von England in Frankreich festgesetzt.

Paris, den 26. November (Transocean Asiatic). Der Kabinettsrat beschloss, den englischen Zolländerungen durch Erhöhung der Importzölle für Rohstoffe um 2%, für Halbfertigfabrikate um 4% und für Fertigfabrikate um 6% zu begegnen und gleichzeitig eine Höchstgrenze für die Einfuhr von Grossbritannien festzusetzen.

Die teure Prohibition.

Washington, den 26. November (Angasta). Der Bundesrat für die Verminderung der Steuern hat einen besonderen Bericht herausgegeben, worin erklärt wird, dass auf Grund von statistischen Zahlen die zwölf Jahre der Prohibition das Land 14,167 Millionen Dollar gekostet haben.

Verständnis für Japan.

Paris, den 26. November (Transocean Asiatic). Die Morgenzeitungen sind allgemein der Ansicht, dass Japan eine vernünftige Haltung einnehme, während Chinas Absichten seit Wellington Koo sein Amt wieder aufgenommen habe, immer undurchsichtiger werden. Es heisst, dass Japan unter gewissen Vorbehalten die letzten Vorschläge des Völkerbundesrates angenommen habe. Die Presse legt der Erklärung des Generals Dawes, dass die Vereinigten Staaten im Prinzip mit den Vorschlägen des Rates übereinstimmen, besondere Bedeutung bei.

Mitteilung des Intelligence Office des Hauptquartiers in Peking.

Harbin, den 24. November Hsi Chia schickte einen Vertrauten an Chang Ching-hui nach Harbin und beauftragte ihn, für die Wiedereinsetzung des Kaisers Pu Yi zu agitieren. Nach Beendigung des Krieges solle Heilungkiang das politische Zentrum werden. Der ehemalige Kaiser soll Präsident werden. General Honjo schickte einen Vertreter zu General Ma Chan-shan, ersuchte ihn, die Regierungsgeschäfte abzugeben und bot ihm den Posten eines Garnisonkommandeurs in Heilungkiang an. General Ma schlug rundweg alles ab.

In Harbin und Heilungkiang sind viele Verräter, die sich den Japanern in Tsitsihar für die Regierungsbildung zur Verfügung stellen.

Die Japaner wollen die Ordnung in der Mandchurei aufrechterhalten und auch Harbin schützen.

Moukden, den 25. November. (Angasta) Das japanische Hauptquartier hat eine Erklärung veröffentlicht, dass es bereit ist, die Pflicht der Aufrechterhaltung von Friede und Ordnung in der Mandchurei auf sich zu nehmen und ferner gewillt sei im Falle irgend welcher Unruhen in Harbin die Stadt mit eigenen Truppen zu schützen.

Japanische Propagandanachrichten.

Nanking, den 25. November. Im Berichte des Gesandten Chang Tso-pin heisst es, dass in Tokio ein Protest des britischen Gesandten Lamson gegen den Angriff japanischer Truppen erwartet wird. In dem Protest wird ungefähr gesagt sein, dass England Besitzrechte an der Peking-Mukden Eisenbahn habe, da die Anleihe noch nicht getilgt sei, und dass im Falle eines Krieges an dieser Bahn die Interessen Englands gefährdet seien. Japan werde diesen Protest annehmen und werde sich verpflichten, England für alle Schäden, die an der Bahn geschehen, schadlos zu halten. Das alles ist nach Ansicht des Gesandten nur eine japanische Propaganda, um von vornherein etwaige Einwendungen Englands gegen den Angriff japanischer Truppen auf Chinchow zu mildern.

Die in Tokio und Mukden verbreitete Nachricht von einem Zusammenstosse zwischen chinesischen und japanischen Truppen in Hsinmin entspricht nicht der Wahrheit. In Kaotaitse, in der Nähe von Hsin, kam es zu heftigen Kämpfen zwischen der Polizei und mongolischen Banditen, wobei die Banditen zurückgeschlagen wurden. Aus Wut darüber griffen die japanischen Truppen ein und halfen den mongolischen Banditen gegen die Polizisten. Chinesische Truppen sind also in den Kampf nicht verwickelt gewesen. Die japanische Meldung bezweckt eine Irreführung.

Wohl möglich.

Paris, den 25. November (Angasta). Nachrichten aus Tokio zufolge lässt sich die Politik der Vereinigten Staaten im mandchurischen Konflikt durch den Wunsch einer einflussreichen Gruppe von Bankherren und Industriellen erklären, Japan in einen Konflikt mit der UdSSR zu verwickeln. Die Absicht bei diesem Plane ist die Fertigstellung des russischen Fünfjahresplanes zu verhindern, Japan als Konkurrenten an der Küste des Stillen Ozeans zu schwächen und im Kriegsfall einen Markt zu haben, wohin alle Vorräte an Rohmaterialien und Waren geleitet werden können.

Die Japaner wollen Chinchow nicht angreifen.

Reuter berichtet am 26. November aus New York, dass auf die Vorhaltung von Herrn Briand, dass die Gegend nicht beunruhigt werden dürfe, Japan tatsächlich versprochen habe, Chinchow weder anzugreifen noch zu nehmen. Die Nachricht stammt von dem Berichterstatter der New York Times in Tokio, der auch berichtet, dass britische Truppen von Tientsin nach Tongshan unterwegs seien, um die Kailan Mines zu schützen.

Zur Lage in Tientsin.

Von zuständiger Stelle erfahren wir: Vier ausländische Militärbeobachter besuchten gestern die chinesische Stadt Tientsin, um sich durch Augenschein von der Lage zu überzeugen. Sie wurden von den Banditen beschossen. Sie hatten Gelegenheit zu beobachten, dass die chinesischen Polizisten sich entsprechend dem Befehle des Bürgermeisters Chang Hsueh-ming zurückhielten und das Feuer nicht erwiderten. Die einzige Waffe, die den chinesischen Polizisten erlaubt ist, sind Handgranaten. Die Beobachter konnten sehen, wie sich japanische Artillerie auf die Brustwehren der chinesischen Verteidiger einschoss. Die gefundenen Zünder und Sprengstücke zeigten, dass die Geschosse japanischen Ursprungs waren, und dass zwei Kaliber verwandt worden sind, nämlich 7,5 und 15 Zentimeter.

Ein japanisches Ultimatum an die Provinzialregierung von Hopei.

Der japanische Generalkonsul in Tientsin überreichte gestern Mittag um 12 der Provinzialregierung von Hopei folgendes Ultimatum, das innerhalb von zwei Stunden, also bis zwei Uhr nachmittags, zu beantworten war. Das Ultimatum enthält folgende fünf Punkte:

- 1) Sie haben alle Feindseligkeiten gegen die Japaner einzustellen.
- 2) Die chinesischen Soldaten sind aus der Stadt herauszuziehen auf eine Entfernung von 20 Li.
- 3) Alle bewaffneten Polizisten müssen bis über den Fluss zurückgezogen werden (damit würde also die gesamte City schutzlos sein).
- 4) Alle Truppenbewegungen in der Provinz Hopei von Soldaten in Uniform und nicht in Uniform sind sofort einzustellen.
- 5) Alle antijapanischen Bewegungen und alle Beleidigungen der Japaner sind sofort einzustellen.

Die Provinzialregierung antwortete darauf, dass sie bis um 2 Uhr nachmittags eine Antwort nicht fertigstellen könne. Die Antwort erfolgte dann um 4 Uhr 30 und lautete:

Zum 1. Punkte: Wir haben keine Feindseligkeiten gegen die Japaner unternommen.

Zum 2. Punkte: Die Soldaten sind bereit seit längerer Zeit auf diese Entfernung zurückgezogen worden.

Zum 3. Punkte: Die Zurückziehung der Polizei ist nicht möglich. Die Leute sind schon seit 20 Jahren in Tientsin stationiert, haben für Ordnung zu sorgen und schützen nicht nur die Chinesen, sondern auch die Ausländer.

Zum 4. Punkte: Diese Entscheidung unterliegt nicht der Zuständigkeit der Provinzialregierung. Eine solche müsste Nanking treffen.

Zum 5. Punkte: Beleidigungen gegen die Japaner sind nicht erfolgt. Die Einstellung der antijapanischen Boykottbewegung ist nur dann möglich, wenn sie über den Rahmen der Gesetzmässigkeit hinausfällt.

Truppenbewegungen nach Tientsin.

Wie man hört, sollen 200 Mann Japaner von Taku auf dem Wege nach Tientsin sein. Ferner sind Verstärkungen aus der Mandchurei auf Befehl des Generals Honjo nach Tientsin unterwegs.

Truppensendungen nach Tientsin.

Reuter berichtet am 27. November aus Tokio, dass eine ausserordentliche Kabinettsitzung einberufen sei, um den Antrag der Heeresleitung, einen Teil einer Division nach Tientsin zur Verstärkung der dortigen Garnison zu senden, zu beraten.

In Tsitsihar alles ruhig.

Harbin, den 25. November (Angasta). Das Wetter in Tsitsihar ist sehr kalt; das Thermometer zeigt 24 Grad Celsius unter Null. Infolgedessen werden fast stündlich japanische Soldaten mit erfrorenen Gliedmassen zurückgebracht. Eine Anzahl Pflegerinnen und Aerzte ist hier auf dem Wege nach Tsitsihar durchgekommen, wo 400 Krankheitsfälle auf Behandlung warten.

Die Bevölkerung von Tsitsihar scheint nur wenig Notiz von der japanischen Besetzung zu nehmen. Wie von dort gemeldet wird, werden die Geschäfte wie bisher fortgeführt.